

Seniorenvertretung Tempelhof-Schöneberg

seniorenvertretung@ba-ts.berlin.de



Stellungnahme der Seniorenvertretung Tempelhof-Schöneberg zum

Soziale Infrastruktur-Konzept Tempelhof-Schöneberg (SIKo)

insbesondere unter dem Gesichtspunkt der älteren Mitbürger*innen. Das SIKo hat den folgenden zentralen selbst formulierten Anspruch:

"Vor dem Hintergrund der wachsenden Stadt Berlin und des erforderlichen Umfangs von Wohnungsneubau sollten in jedem Berliner Bezirk integrierte Konzepte für die Entwicklung der sozialen und grünen Infrastruktur (SIKo) erstellt werden, so auch in Tempelhof-Schöneberg. Mit dem SIKO sollten zunächst die künftigen quantitativen Bedarfe an sozialer und grüner Infrastruktur ermittelt und in einem zweiten Schritt konkrete Maßnahmen zur Deckung dieser Bedarfe vorgeschlagen werden" (S. 3)

Die Seniorenvertretung hat erhebliche Zweifel an der sachgerechten Beurteilung der Bedarfe der älteren Mitbürger*innen durch das SIKO. Diese Zweifel ergeben sich schon allein aus der Tatsache, dass die Älteren zu den am stärksten wachsenden Bevölkerungsgruppen zu zählen sind, wie im SiKo ausgeführt wird: *"Es wird erkennbar, dass das Bevölkerungswachstum sich zwar auf nahezu alle Altersklassen verteilte, die Schwerpunkte jedoch eindeutig bei den 0-7-Jährigen und den über 65-Jährigen lagen" (S. 7)*. Allerdings steht diese Feststellung zur Bevölkerungsentwicklung in eklatantem Widerspruch zu keinerlei vorgeschlagenen Maßnahmen zur Bedarfsdeckung der Älteren durch das Konzept.

Eine detaillierte Betrachtung der Bevölkerungsprognose zeigt im Besonderen den Aufwuchs der über 80-jährigen und hochbetagten Bevölkerung (S. 9):

Altersklasse	2015	2020	2025	2030	höchste Differenz zu 2015
0-unter 7	20.964	22.010	21.124	20.392	1.046
7-unter 12	13.609	14.148	15.203	14.821	1.594
12-unter 16	10.619	10.882	11.297	12.223	1.604
16-unter 18	5.521	5.418	5.672	5.940	419
18 - unter 20	6.214	5.638	5.831	6.005	0
20 - unter 25	18.867	18.273	17.100	17.669	87
25 - unter 45	95.048	97.074	96.404	93.559	2.162
45 - unter 60	78.657	74.291	68.459	67.291	0
60 - unter 65	20.928	21.791	25.446	23.614	4.775
65 - unter 80	54.443	52.341	52.254	57.181	2.738
80 - und älter	16.291	21.135	24.823	26.184	9.893
gesamt	341.161	343.001	343.613	344.879	3.718

Zu einer Bedarfsprognose für die Belange der älteren Bevölkerung kommt es im SIKo lediglich durch Aussagen über die Nutzung der Seniorenfreizeitstätten. Auf Seite 81 wird dazu recht lapidar ausgeführt:

"Seniorenfreizeitstätten

Für Seniorenfreizeitstätten wurde seitens des Sozialamtes kein zusätzlicher Bedarf festgestellt, so dass dafür auch keine Flächen vorgeschlagen wurden."

Eine etwas differenziertere Stellungnahme findet sich auf Seite 40

"III) 11. Seniorenfreizeitstätten

Bedarfsprognose

Laut Aussage des Sozialamtes werden die Seniorenfreizeitangebote im Bezirk nicht ausschließlich durch die bezirklichen Seniorenfreizeitstätten abgedeckt. Ein Alleinstellungsmerkmal der öffentlichen Einrichtungen besteht somit nicht. Nicht unerheblich werden Angebote in den Räumlichkeiten freier Träger, von Kirchengemeinden und mittlerweile auch durch Wohnungsbaugesellschaften/-Genossenschaften angeboten. Teilweise können Angebote in den bestehenden Seniorenfreizeitstätten ausgebaut werden. Eine Schließung von Einrichtungen wegen baulicher Mängel steht nicht an. Insgesamt zeichnet sich daher kein künftiger zusätzlicher Standortbedarf für öffentliche Seniorenfreizeitstätten ab, da die aus der steigenden Anzahl von Senioren resultierenden wachsenden Bedarfe voraussichtlich in den Einrichtungen der oben genannten Anbieter gedeckt werden können."

Die Seniorenvertretung Tempelhof-Schöneberg ist sich keineswegs sicher, ob diese im SIKo getroffenen Aussagen – 'kein zusätzlicher Bedarf für Seniorenfreizeitstätten' – in der vorgelegten Form belastbar sind. Zweifel an der Bedarfsprognose ergeben sich schon aus der Tatsache, dass die Älteren zu den am stärksten wachsenden Bevölkerungsgruppen zu zählen sind. Bedarf zu negieren wäre also in besonderer Weise begründungspflichtig.

Dass ein erhöhter Bedarf durch das Sozialamt nicht erkannt wird, wird zu einem damit begründet, dass in den vorhandenen bezirklichen Einrichtungen die Angebote noch ausgebaut werden können und zum anderen damit, dass andere Träger ebenfalls Angebote unterbreiten. Die Seniorenvertretung hält die damit indirekt vorgenommene Verschiebung des Angebots auf die subsidiären Träger zumindest für nicht stichhaltig. Denn eine solche Verschiebung geht davon aus, dass die subsidiären Träger auch künftig die Finanzierung der Infrastruktur für die Seniorenarbeit aufbringen wollen und können. Und zwar in einem auf die heutigen Verhältnisse bezogen erhöhten Maßstab. Ob das tatsächlich der Fall ist scheint in Frage zu stehen. Das gilt sowohl für die kirchlichen Träger, die nach wie vor unter Mitgliederschwund leiden, wie auch für die anderen Träger, von denen auch nicht bekannt ist, dass die Unterstützung der Sozialeinrichtungen boomt. Für die kirchlichen Träger in der Seniorenarbeit kommt hinzu, dass die kirchenfernen Jahrgänge ins Rentenalter kommen. Ob diese Jahrgänge kirchennahe Betreuungsformen in Anspruch nehmen, ist zu bezweifeln. Dass die freien Träger die vorhandenen Angebote ausweiten, mag vielleicht noch annehmbar sein. Dass aber die freien Träger ihre Infrastruktur entsprechend der Bevölkerungszunahme ausbauen, ist nicht absehbar.

Über Bedarfe der Älteren an Seniorenfreizeitstätten hinaus finden sich im SIKo keine weiteren Hinweise oder Aussagen. Selbst wenn die Aussagen zu den Seniorenfreizeitstätten eine solide Basis hätten, scheint uns hier der eigentliche Mangel des Konzepts zu liegen. Eine mutige und vorausschauende Konzeption hätte die Ergebnisse des 7. Altenberichts von 2016 (Bundestagsdrucksache 18/10210) berücksichtigt. Der von Wissenschaftlern für die Bundesregierung erstellte Bericht hat sich ausführlich der Sorge und Mitverantwortung der Kommunen (in Berlin den Bezirken vergleichbar) für den Aufbau und die Sicherung zukunftsfähiger Gemeinschaften in vielen Einzelaspekten gewidmet. Die dort festgestellten Bedarfe für eine angemessene Altenpolitik lassen die Schlussfolgerung zu, dass die Bedarfe sich in zusätzlich notwendiger Infrastruktur niederschlagen. Das gilt selbst dann, wenn viele Aussagen dazu sich z.B. in veränderten Anforderungen in der Verkehrsinfrastruktur oder

etwa in veränderten Kooperationsbeziehungen der Akteure der Altenpflege und Altenhilfe niederschlagen (also nicht oder nur vermittelt in baulicher Infrastruktur). Wir möchten das exemplarisch an einigen wenige Beispielen ausführen.

Wohnsituation Älterer

Auch wenn die vorrangige Wohnform im Alter das selbständige Wohnen zur Miete bzw. im Wohneigentum sind, ist auf die anderen Wohnformen ein besonderes Augenmerk zu richten. Sei es das Wohnen in der stationären Altenpflege oder das betreute Wohnen, deren Bedeutung und wohl auch Flächenbedarf in der Zukunft steigen wird. Es sei denn, man nimmt in Kauf, dass die Älteren aus ihrem gewohnten Umfeld verdrängt werden. Um hier den 7. Altenbericht zu zitieren: *"Hier liegen noch große Herausforderungen, da der Wohnungsmarkt noch nicht hinreichend auf die wachsende Anzahl älterer Menschen eingestellt ist. Deshalb sollte neben dem Umbau von Wohnungen, altersgerechten Neubauten und der Aufwertung des Wohnumfeldes auch alternative Wohnformen – von betreuten Wohnmodellen bis zu ambulanten Pflegewohngemeinschaften oder Gastfamilienmodellen – gefördert und auf diese Weise ein differenziertes und vielfältiges Angebot geschaffen werden"* (S. 225). Der besondere Schwerpunkt im Bezirk hat aktuell bei der Förderung eines Wohnprojektes im Bereich LGTB zu einer starken, auch gerichtlich ausgetragenen Konkurrenz verschiedener Gruppen geführt, die anschaulich den erheblichen Bedarf verdeutlicht hat.

Tagesbetreuung hochbetagter Älterer

Gerade der zahlenmäßige Zuwachs der über 80-Jährigen und Hochbetagten führt, nach allem was erwartbar ist, auch zu einer stark erhöhten Anzahl dementer Menschen unter ihnen. Selbst wenn bzw. gerade wenn ihnen möglichst lange ein Leben im gewohnten Umfeld ermöglicht werden soll, brauchen die sie betreuenden Menschen Entlastung, die sich im erhöhten Bedarf an Tagespflegeplätzen (Seniorentagesstätten) ausdrücken werden. Da dies sinnvoll wohnortnah geschehen muss, ist auch hier von einem erhöhten Infrastrukturbedarf im Bezirk auszugehen.

Wohnumfeld- und milieunahe Beratung

Zum einen wächst die Anzahl der Älteren und zum anderen werden die Probleme spezifischer Bevölkerungsgruppen künftig in besonderer Weise durchschlagen. Das wird etwa beim erhöhten Anteil der migrantischen Bevölkerung unter den Alten der Fall sein und auf sozialer Ebene darin zum Ausdruck kommen, dass unter den Alten der Anteil mit nichtlinearen Erwerbskarrieren deutlich zunehmen wird. Dadurch wird vermutlich der Bedarf an spezifischer Beratungsleistung vor Ort im Wohnumfeld steigen, wenn die Beratung erfolgreich sein soll. In der Infrastruktur wird das zu Flächenbedarfen führen, die nur zum Teil durch schon bestehende Einrichtungen aufgefangen werden können. Hinzu kommt: Schon heute ist verschiedentlich zu sehen, dass die subsidiären Träger die Büroräume kaum adäquat erweitern können. Verkehrsgünstige und für die zu Beratenden erreichbare Räumlichkeiten sind für die Träger kaum zu bekommen. Deshalb sollte beispielsweise auch über bezirklich getragene Beratungshäuser nachgedacht werden. In ihnen könnte auch der Boden für neue Kooperationsstrukturen zwischen staatlichen und nichtstaatlichen Einrichtungen sowie den unterstützenden ehrenamtlichen Strukturen bereitet werden.

Wir hoffen, mit unserer Stellungnahme zu strukturellen Mängeln des SIKo Hinweise gegeben zu haben, die die Bezirksverordnetenversammlung bei der Beschlussfassung berücksichtigen sollte. Mindestens in der Hinsicht, dass mittelfristig die Bedarfe der älteren Mitbürger anders als bisher realistisch erkannt und überarbeitet werden.